

**Siegfried Faust, Stadtverordneter DIE LINKE Jülich**  
**Haushaltsrede 14.4.2011:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

heute soll hier der Haushalt der Stadt Jülich verabschiedet werden- ein Haushalt, der auch Lücken aufweist.

Doch wer ist eigentlich für die immense Verschuldung unserer und zahlreicher anderer Kommunen verantwortlich? Sind es die gewählten Ratsmitglieder, die falsche Entscheidungen treffen, sind es überdimensionierte Verwaltungen oder ist es ein Überangebot an Bildung und Kultur ?

Wir alle wissen, dass nichts davon zutreffend ist. Eine jahrelange Politik der Steuergeschenke an Unternehmen, Banken, Versicherungen, Spekulanten, Superreiche und Hoteliers hat maßgeblich zum Ausbluten der öffentlichen Kassen geführt.

Das Gesamtsteueraufkommen wird nach unten immer ungleicher aufgeteilt: für die Kommunen bleibt letztlich nur noch die Gewerbesteuer als bedeutsame Steuerquelle übrig.

Sie selbst, sehr geehrter Herr Bürgermeister, haben darauf hingewiesen, dass die Stadt Jülich, egal in welcher Größenordnung Einsparungen vorgenommen würden, keine Chance hätte, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

Das unselige Credo, privat vor Staat, dass sich nach wie vor einige PolitikerInnen auf Bundes- und Landesebene auf die Fahnen geschrieben haben, geht ganz eindeutig zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger, zu Lasten der Chancengleichheit bei Gesundheit und Bildung und führt zu deutlich sichtbaren Fehlentwicklungen im Bereich der Daseinsfürsorge. Ich habe bereits in meiner Haushaltsrede im Vorjahr darauf hingewiesen, dass hinter der Herbeiführung kommunaler Verschuldungen auch ein System steht:

Nämlich, die Aufgaben, die angesichts leerer Kassen von den Kommunen nicht mehr geleistet werden können, einer Privatisierung und damit einem profitorientierten Wettbewerb zu unterwerfen. Eine solche Entwicklung wird nur dazu führen, dass die Daseinsfürsorge Aller Gewinnen Weniger geopfert wird und sich somit die Schere in diesem Land noch weiter öffnet.

Im Bereich der Pflichtaufgaben führt die verfehlte Sozialpolitik der Regierungen der letzten 15 Jahre zu immer drastischeren Kosten für die Kommunen. Das Zurückbleiben der Sätze für so genannte Hartz IV Empfängerinnen und ihrer Familien gegenüber der Preisentwicklung führt nicht nur zu noch mehr Armut und Ausgrenzung der Betroffenen, sondernbürdet den Kommunen weitere Kosten auf. Die massive und konsequente Rentenkürzungspolitik der 4 im Bundestag mit uns konkurrierenden Parteien wird in absehbarer Zeit eine Altersarmutswelle hervorrufen, die – bleiben die Verantwortlichen in Berlin bei ihrer derzeitigen Vorgehensweise- in der Konsequenz den Kommunen künftig weitere immense Kostenfaktoren aufbürden wird.

Statt hier aber gegenzusteuern, verringern Bund und Land nach wie vor weiterhin ihre Beiträge zu Restsicherung eines sozialen Gleichgewichtes in den Städten und Gemeinden.

Ein weiterer Faktor, der sich negativ auf die Steuereinnahmen der Kommunen auswirkt, ist die rückläufige Reallohnentwicklung in der Bundesrepublik. Deutschland ist das einzige westeuropäische Industrieland, in dem die Lohnentwicklung von der Steigerung der Arbeitsproduktivität abgekoppelt wurde. Das führt nicht nur zu weniger Steuern sondern schwächt die Sozialkassen immens. In einem „IMMER BILLIGER“ Wettbewerb werden auf allen Ebenen die Kosten gesenkt- egal welche Folgen sich für die Gesellschaft und deren Zusammenhalt daraus ergeben. Es ist nicht alles sozial, was Arbeit schafft, sondern wer Vollzeit arbeitet muss auch davon angemessen leben können. Auf Nachfrage der Jülicher LINKEN im Herbst 2010 hat sich ergeben, dass allein in unserer Stadt 423 Menschen, 18 davon in Vollzeit beschäftigt- trotz Arbeit auf lohnergänzende Leistungen angewiesen waren. Darüber, wie viele erwerbstätige Menschen in Jülich Lohnersatzleistungen in Form von Kindergelzuschlägen oder Wohngeld erhalten, konnten oder wollten mir die zuständigen Stellen keine Auskunft erteilen. Diese Zahlen beweisen, dass immer öfter die Lohnkosten durch den Steuerzahler subventioniert werden- mit negativen Folgen auch für die Kassenlage unserer Stadt.

Um dem gegenzusteuern, hatte DIE LINKE 2010 beantragt, dass das Kriterium der Tariffreue in die Vergabekriterien der Stadt Jülich aufgenommen werden soll. Dass das auch geschehen ist, betrachte ich als großen Erfolg. Ein weiterer wichtiger Schritt wäre zB auch der komplette Abbau der Brückenjobs im Bauhof. Diese Zwangsarbeitsbeschaffung, die von mir und meiner Partei immer abgelehnt wurde, hatte in der Konsequenz dem Bauhof auch keinerlei Vorteile gebracht, sondern stattdessen eine den Aufgaben angemessene Struktur an Fachkräften verhindert. Zum Glück hat die Initiative der Ortsvorsteher, die ich voll und ganz unterstützt hatte, hier zu einem Umdenkungs- und Umsteuerungsprozess geführt. Die Prüfung der Einrichtung so genannter Bürgerarbeit ist aus meiner Sicht ein Schritt in die richtige Richtung ein erster Schritt auf dem Weg hin zu einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor.

Ich bekam, wie die Kollegen Fraktionsvorsitzenden sicher auch, ein Schreiben der IHK zum Haushaltsplan 2011. Ich vertrete hier die Auffassung, dass die kommunale Politik die Interessen der Bürgerinnen und Bürger vorrangig gegenüber wirtschaftlichen Interessen zu vertreten hat.

Auf die Feststellungen der IHK zur allgemeinen Finanzlage möchte ich nicht weiter eingehen, diese Fakten sind uns allen bekannt. Ich möchte aber schon meiner Verwunderung Ausdruck verleihen, mit welcher Selbstverständlichkeit die IHK ihre Darstellung an die MandatsträgerInnen heranträgt.

Aber zurück zum Haushalt 2011: es ist nicht so, dass DIE LINKE nur immer kritisiert, wir haben konkrete Vorstellungen, wie die Einnahmesituation verbessert werden kann:

1. Durch Investitionspauschalen aus Bundes- und Landesmitteln
2. Durch Erhöhung des Anteiles an den Einkommens- und Unternehmenssteuern
3. Durch spezielle Landesförderprogramme , zb im Bereich Wohnungsbau
4. Durch Entbindung finanzschwacher Kommunen von der Pflicht, bei Förderprogrammen einen Eigenanteil aufzubringen und

## 5. Durch Errichtung eines Entschuldungsfonds

Für die Kommune ergibt sich aus meiner Sicht die Möglichkeit, durch Erhöhung von Gewerbesteuer und einen abgestimmten Hebesatz, die Einnahmesituation zu verbessern, statt öffentliche Dienstleistungen weiterhin zu erhöhen.

Unser Haushalt steht im Bereich der freiwilligen Leistungen im Licht der Konsolidierung. Ich möchte aber hier nur ein Beispiel herausgreifen: Die Tarife der Musikschule für talentierte Kinder aus sozial benachteiligten Familien sollen statt der im Vorjahr vom Rat noch einhellig beschlossenen 90 Prozent Ermäßigung um das fünf- fache erhöht werden. Hier wird eine Beitragsinflation herbeigeführt, die etwa 2/3 der betroffenen Kinder vom weiteren Besuch der Musikschule ausschließen könnte und damit ein völlig falsches Zeichen setzt. Gespart wird wieder bei den Schwächsten der Gesellschaft, die keine zielbewussten Organisationen zur Interessenvertretung hinter sich haben. Außerdem hege ich klare Zweifel daran, dass die dafür veranschlagten Zuschüsse aus dem so genannten Bildungspaket der Bundesregierung im vorliegenden Haushalt zweckgebunden zugeordnet wurden.

Die Stadt Jülich zeigt sich im Bereich von Großinvestitionen weniger zurückhaltend. Nach wie vor teile ich die Auffassung der Oppositionsfraktionen, dass der Neubau der KGS eine unnötige Investition darstellt. Inzwischen wird über die Zukunft des Standortes eines modernen und zeitgemäßen Rathauses und ein Jugendgästehaus beraten. Es ist unstrittig, dass die Verwaltungssituation im Brückenkopf untragbar ist und hier so schnell wie möglich eine vernünftige und zukunfts tragende Lösung gefunden werden muss. Beim Jugendgästehaus, das ich anfänglich unter Einbeziehung der uns vorgestellten Finanzierungsmodelle für ein interessantes und unsere Stadt bereicherndes Projekt hielt, schleichen sich inzwischen auch immer mehr Ungereimtheiten ein. Hier möchte ich mich nachdrücklich den von der Fraktion der GRÜNEN vorgetragenen Zweifeln anschließen. Was das Rathaus betrifft, so muss ja allein aus brandschutztechnischer Sicht eine Lösung gefunden werden. So ein Rathaus stellt auch die Visitenkarte einer Stadt dar. Es kann aber doch nicht allen Ernstes beabsichtigt werden, dass das Rathaus als das Zentrum kommunaler Demokratie in privaten Besitz vergeben wird- und genau das wäre für mich die Konsequenz einer Ausschreibung als PPP Projekt. Einer solchen Auftragsvergabe werde ich nicht zustimmen.

Stuttgart 21 hat gezeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger bereits in die Planungsprozesse eingebunden werden sollten. Das war zB beim Jugendgästehaus nicht wirklich der Fall. Hier besteht absoluter Verbesserungsbedarf, der sich erfreulicher Weise aber bei den Rathausplanungen bereits andeutet.

Nach wie vor ist vor allem im innerstädtischen Bereich noch dringender Handlungsbedarf erforderlich. Die Umsetzung der Sanierung der Düsseldorfer Straße im vergangenen Jahr hat aus meiner Sicht aber bereits zu einem sehr guten und zu gleich auch zukunftsweisenden Ergebnis geführt.

Als Sprecher eines Aktionsbündnisses möchte ich auch kurz auf energiepolitische Themen eingehen: Wir als Jülicherinnen und Jülicher besitzen ein kommunales Stadtwerk. Die jüngste Entwicklung hat gezeigt, dass die 5 Energiekonzerne nicht die Energieprobleme der Zukunft zu lösen bereit und in der Lage sind. In einer Vorortenergieproduktion unter

Einbeziehung der Bürgerinnen sehe ich eine realistische Zukunftsvision für eine umweltfreundlichen Energiegewinnung.

Dazu gehört aber auch, dass das städtische Netz nicht an Fremde verpachtet wird und dass, wie bei der Solargenossenschaft und den geplanten Kreiswerken angedacht, Bürgerbeteiligungsmodelle den Schlüssel für eine Umsetzbarkeit darstellen sollten.

Zum Forschungszentrum möchte ich kurz anmerken, dass auch wir als DIE LINKE stolz auf unsere Jülicher Wissenschafts- und Technologieschmiede sind. Wir werden aber trotzdem nicht hinnehmen, dass die unseligen Hinterlassenschaften der Nuklearforschung verharmlost und - wie bei den AVR Brennelementen vorgesehen - verlagert werden. Hier hat das FZJ eine große Verantwortung und angesichts der schlimmen Ereignisse in Fukushima und der neuesten Erkenntnisse zum AVR- Störfall von 1978 sollte endlich die vom Rat bereits 2010 geforderte Kinderkrebsstudie durchgeführt werden.

Auch mir ist klar, es muss gespart werden. Aber Einsparungen vorrangig zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger sind der falsche Weg und werden nur zu weiterem Unmut bei der Bevölkerung führen. Sicher ist Jülich noch nicht als schwerwiegender sozialer Brennpunkt auszumachen. Aber allein der steigende Andrang bei der Tafel zeigt, dass wir davor nicht die Augen verschließen dürfen. Ein weiteres Auseinanderdriften zwischen Arm und Reich in unserer Stadt wird unsere Aufgabe, Politik für und mit den Menschen zu machen, nicht vereinfachen.

Kommun heißt gemeinschaftlich. Wir sollten das niemals vergessen.

Ich werde dem vorgelegten Haushalt nicht zustimmen.

Im Übrigen vertrete ich auch dieses Jahr wieder die Meinung, dass Jülich einen Bürgerhaushalt braucht.

Vielen Dank.